



# Zeitung für Mitglieder

Gartenstadt-Genossenschaft Mannheim eG

10/2007

## Gartenfest „Kellerasseln“ Steinsburgweg 21. Juli 2007

Bei schönem Wetter trafen sich am 21.07.2007 wieder einmal viele Hausbewohner, Nachbarn, ehemalige Bewohner und natürlich Freunde der Hausgemeinschaft Steinsburgweg 33-45 zum Gartenfest.

Bei Kaffee und Kuchen, der von den Nachbarn gestiftet wurde, sowie Deftigem vom Grill und Bier vom Fass ließen sich die Gäste gerne verwöhnen. Der Erlös wird wieder für die Instandhaltung der Gemeinschaftsräume und Gartenanlage im Anwesen verwendet.



Ein Teil der Mannschaft: Die „gloreichen Sieben“

Der „Griller“ ist für die ersten Gäste gerüstet

Ruhe vor dem großen Ansturm

### Zwangsmaßnahmen zum Klimaschutz? Steigende Nutzungsgebühren?

Politiker aller Couleur haben sich ein neues Ziel auf ihre Fahnen geschrieben: „Der Co2-Ausstoß soll gesenkt werden!“ Ob Bund oder Land, jeder versucht sich mit seinen Aktionen zu übertreffen. Leider baut die Politik wieder einmal nicht auf den mündigen und verständigen Bürger sondern überrollt die Menschen mit Zwangsmaßnahmen, die wirtschaftliche Erwägungen vermissen lassen. Neben dem „integrierten Energie- und Klimaprogramm“ aus der Klausur der Bundesregierung vom 23. und 24.08. in Meseberg ist die Gartenstadt-Genossenschaft mit dem im Sommer von der Landesregierung Baden-Württemberg beschlossenen Gesetzentwurf zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergien (EWärmeG) konfrontiert. Er sieht für Bauanträge vom 01. Januar 2008 an und für den Beginn einer Baumaßnahme vom 01. April 2008 an, einen Pflichtanteil erneuerbarer Energien von 20% des jährlichen Wärmebedarfs vor. Für Wohngebäude im Bestand, bei denen die Heizung ausgetauscht wird, soll ein Anteil von 10% ab 01. Januar 2010 erreicht werden. Verstöße sollen mit einem Bußgeld von bis zu 100.000,- Euro geahndet werden. Um den Pflichtanteil mittelfristig steigern zu können, enthält das Gesetz eine Verordnungsermächtigung an das Umweltministerium im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium und Zustimmung des Landtags den Pflichtanteil entsprechend dem Stand der technischen Entwicklung auf 20% bei Bestandsgebäuden und auf 30% bei Neubauten zu erhöhen. Ein Wirtschaftlichkeitsgebot, das am integrierten Energie- und Klimaprogramm aus Meseberg letztendlich doch noch Berücksichtigung fand, ist nicht vorgesehen. Nur bei „unbilliger Härte“ soll der Zwang entfallen. Ganz unbeschönt heißt es in dem Entwurf aus Stuttgart: „Auf Wohngebäudeeigentümer und Bauherren kommen die erforderlichen Investitionskosten sowie die Kosten für die Bestätigung durch Sachverständige hinzu.“ Unsere Mitglieder, als Eigentümer der Genossenschaft, müssen solche zusätzlichen Kosten entweder durch erhöhte Nutzungsgebühren tragen oder sie verzichten auf andere anstehende wichtige Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Über die Finanzierung haben sich die Politiker keine Gedanken gemacht. Im Gesetzentwurf heißt es dazu lapidar: „Je nach ausgewählter Technik können sich die Investitionskosten im Laufe der Nutzung amortisieren.“ Die Gartenstadt-Genossenschaft investiert seit vielen Jahren schon in Energie einsparende Maßnahmen, wie das Aufbringen eines Wärmedämmverbundsystems auf der Fassade und aufschiebbarer Balkonverglasung, dort wo es sich anbietet, oder den Einbau neuer Heizungen. Das tun wir nicht, weil wir dazu gezwungen werden, sondern weil dadurch die Nebenkosten des Wohnens für die Mitglieder abgedämpft werden können. Zwangsvorschriften, wie sie jetzt für die Wohngebäudeeigentümer, also alle unsere Mitglieder vorgesehen sind, erzeugen aber nur Kontrollbürokratie und Ausfallstrategien statt zum Klimaschutz beizutragen, wie Eckart John von Freyend, Vorsitzender des Zentralen-Immobilien-Ausschusses beim BDI Bundesverband der Deutschen Industrie zutreffend feststellt. Wir können nur appellieren, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen von der wirtschaftlichen Vernunft getragen werden soll.

## Bundeskabinett beschließt Sondersteuer für Genossenschaftsmitglieder der Gartenstadt-Genossenschaft

Ein kürzlich vom Bundeskabinett beschlossener Gesetzentwurf sieht vor, ehemals gemeinnützige Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften, wie auch die Gartenstadt-Genossenschaft, mit einer pauschalen Körperschaftssteuer von 3%, bezogen auf die in der Zeit der Gemeinnützigkeit entstandenen „stillen Reserven“ (sprich: in den Gebäuden seit Herstellung entstandenen Wertsteigerungen), zu belasten. Für die Gartenstadt-Genossenschaft bedeutet das eine überraschende steuerliche Mehrbelastung von über 7 Mio. Euro inkl. Solidaritätszuschlag in den nächsten 10 Jahren. Die aus der Gemeinnützigkeit stammenden stillen Reserven unserer Genossenschaft stammen aus der Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit, gegen die wir uns lange, jedoch vergeblich, gewehrt haben. Damals war es der erklärte Wille des Gesetzgebers, die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zu angemessenen und fairen Bedingungen in die Steuerpflicht zu

entlassen. Dies entsprach im übrigen auch der damals für alle Steuerzahler vorgegebenen Gesetzeslage.

Deshalb wurde der Ansatz der Grundstücke und Gebäude, die sich zum Zeitpunkt des Eintritts in die Steuerpflicht im Bestand der Genossenschaft befunden haben, mit den Teilwerten, also den Verkehrswerten, in der steuerlichen Anfangsbilanz zugelassen. Nur dadurch war sichergestellt, dass eine Besteuerung der während der Steuerfreiheit im Hinblick auf die Gemeinnützigkeitsrechtlichen Bindungen zu Recht angesammelten stillen Reserven nicht erfolgt. Die Differenz zwischen den handelsrechtlichen Buchwerten und diesen steuerlichen Teilwerten wurde nach den Vorschriften des damaligen Körperschaftsteuersystems (Anrechnungsverfahren) als „sonstige steuerfreie Einnahmen“ dem Eigenkapital zugewiesen. Nach der Rechtssystematik des Anrechnungsverfahrens war damit sichergestellt, dass die Reserven einer Besteuerung nur dann zugeführt würden, wenn sie ausgeschüttet werden, also das Unternehmen verlassen. Diese Systematik wurde beim Wechsel des Körperschaftsteuersystems im Jahre 2001 mit § 38 Körperschaftsteuergesetz fortgeführt. Nur im Ausschüttungsfall sollen die stillen Reserven einer Besteuerung unterliegen. Jetzt, 17 Jahre später, soll der ursprüngliche Wille des Gesetzgebers, die stillen Reserven, die während der Gemeinnützigkeit, also der steuerfreien Zeit geschaffen wurden, nur im Falle der Ausschüttung zu belasten, ins Gegenteil verkehrt werden. Das würde zu



### Stadtteilstest im Herzogenried

Erstmals auf dem Gelände des MFC Phoenix 02 fand das diesjährige Stadtteilstest im Herzogenried in Kooperation mit dem Quartiers-Management und der Interessengemeinschaft Herzogenried statt. Die Gartenstadt-Genossenschaft unterstützt diese Initiative und war auch selbst mit einem Informationsstand auf dem Fest vertreten. Ein breit gefächertes musikalisches Bühnenprogramm sorgte für den stimmungreichen Rahmen.

Fortsetzung auf Seite 2

Auf einen Blick	Impressum
Gartenfest „Kellerasseln“ S. 1	<b>Herausgeber:</b> Gartenstadt-Genossenschaft Mannheim eG K 2,12-13 68159 Mannheim
Bundeskabinett beschließt Sondersteuer für Genossenschaftsmitglieder der GSG S. 1+2	<b>Internet:</b> <a href="http://www.gartenstadt-genossenschaft.de">http://www.gartenstadt-genossenschaft.de</a>
Zwangsmaßnahmen zum Klimaschutz? S. 1	<b>e-mail:</b> info@gartenstadt-genossenschaft.de
Stadtteilstest im Herzogenried S. 1	Tel.: 06 21 / 1 80 05-0
Betriebskosten S. 2+3	Fax: 06 21 / 1 80 05-48
Ausweisung der haushaltsnahen Dienstleistungen S. 2	Vi.S.d.P.: Wolfgang Pahl
Land veräußert Erbbaugrundstücke S. 2	
Sicher zu Hause S. 3	
Leserbrief S. 4	



# Betriebskosten

## Kostenexplosion um mehr als 30 Prozent!

Für die rund 50 Millionen Mieter in Deutschland sind seit 2002 die Kosten für Heizung und Warmwasser um mehr als 30 Prozent in die Höhe geschossen. Bis 2006 hätten sich die warmen Betriebskosten monatlich im Schnitt von etwa 0,81 Euro auf 1,07 Euro je Quadratmeter erhöht. Das geht aus dem vorgelegten Wohngeld- und Mietenbericht 2006 der Bundesregierung hervor. Bei einer 70-Quadratmeter-Wohnung bedeutet das einen Anstieg um rund 18 Euro auf 75 Euro. Für die Kostenexplosion seien die weltweit gestiegenen Öl- und Gaspreise verantwortlich. Die Wohnungsmieten haben sich in den vergangenen vier Jahren dagegen moderat entwickelt.

## Kalte Betriebskosten seit 2002 um 7 Prozent gestiegen!

"In ihrer jährlichen Entwicklung bewegten sich die Mieten deutlich unterhalb der allgemeinen Teuerungsrates", sagte Bauminister Wolfgang Tiefensee (SPD). Im Jahr 2006 verteuerten sich die Mieten um rund ein Prozent. Im Schnitt betrug die monatliche Bruttokaltmiete 6,25 Euro pro Quadratmeter (warm 7,32 Euro). Für eine 70 Quadratmeter große Wohnung musste ein Mieter 438 Euro brutto bezahlen. Darin sind die Nettokaltmiete und die umlagefähigen kalten Betriebskosten wie Wasser, Abwasser und Müllabfuhr enthalten, die seit 2002 um sieben Prozent angestiegen sind. Dazu kommen die Heizungs- und Warmwasserkosten.

## Altbauwohnungen werden teurer!

Die kräftigste Mieterhöhung gab es mit 1,6 Prozent bei den bis 1948 errichteten Altbauwohnungen. Die Miethöhe hängt wesentlich von der Stadt, der jeweiligen Lage und dem Zustand der Wohnung ab. Dem Bericht zufolge reichten im Altbau die Mieten im Durchschnitt von 4,50 bis 7,50 Euro pro Quadratmeter. Für einen Neubau (ab 1949) musste ein Mieter pro Quadratmeter mit 4,80 bis 7,60 Euro rechnen. Wurde eine neue Wohnung erstmals bezogen, konnte der Preis bei 5,80 bis 7,90 Euro liegen.

Fortsetzung auf Seite 3

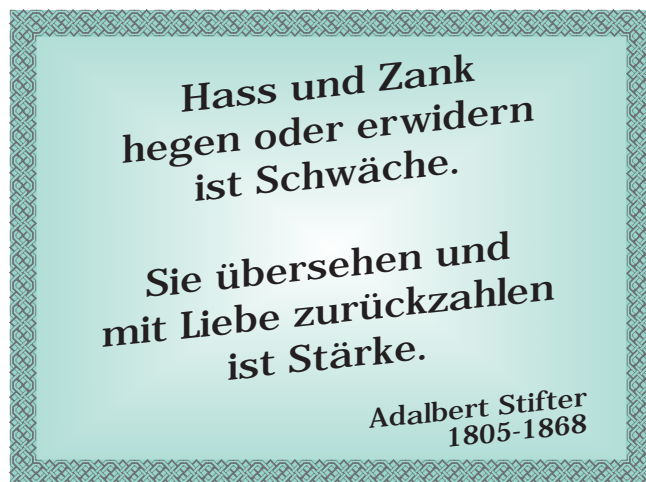
Unsere aktuellen Zinssätze erfahren Sie immer unter:

[www.gartenstadt-genossenschaft.de](http://www.gartenstadt-genossenschaft.de)

Fortsetzung von Seite 1: "Bundeskabinett beschließt Sondersteuer..."

einer generellen Nachbesteuerung der Vermögensmehrung aus der Zeit der Gemeinnützigkeit kommen. Bei unserer Genossenschaft ist es satzungsmäßiger Auftrag, das Vermögen der Genossenschaft generationenübergreifend zu erhalten. Aus diesem Grund schütten wir aus dem handelsrechtlichen Bilanzgewinn nach wie vor nur soviel an Dividenden an die Mitglieder aus, wie es zurzeit der Wohnungsgemeinnützigkeit zulässig war. Eine Nachbelastung der stillen Reserven wäre für die Wohnungsgenossenschaft wirtschaftlich nicht tragbar und würde dem erklärten Willen der Bundesregierung, die Rechtsform Genossenschaft und ihre positiven Wirkungen für die Eigenverantwortung und für das bürgerschaftliche Engagement fördern zu wollen, diametral widersprechen. Sollte dieser Referentenentwurf des Jahressteuergesetzes 2008 unverändert eingesetzt werden, müsste die Gartenstadt-Genossenschaft bereits im Jahresab-

schluss für das Jahr 2007 einen Jahresfehlbetrag in der oben genannten Höhe ausweisen. Da alle Ausgaben der Gartenstadt-Genossenschaft durch Einnahmen aus den Nutzungsgebühren bestritten werden müssen, würde diese Sondersteuer eine Anhebung der Nutzungsgebühren erzwingen, wenn wir den planmäßigen Modernisierungsaufwand für die Verbesserung der Wohnsituation der Mitglieder fortsetzen wollen. Um diese drohende Entwicklung zu verhindern, hat die Gartenstadt-Genossenschaft sich an den Mannheimer Bundestagsabgeordneten Lothar Mark gewandt. Hoffnung gibt uns der Vorschlag des Finanzausschusses des Deutschen Bundesrates, der ein Antragswahlrecht zur Beibehaltung der bisherigen Steuerpraxis für Wohnungsgenossenschaften enthält. Über das Gesetzgebungsverfahren werden wir weiter berichten.



## Ausweisung der haushaltsnahen Dienstleistungen

Wie wir bereits in unserer Februar-Ausgabe berichtet haben, können haushaltsnahe Dienstleistungen von der Steuer abgesetzt werden.

Um dieser Begünstigung für unsere Mitglieder Rechnung zu tragen, weisen wir nun seit dem Abrechnungszeitraum 2007 in den Betriebskostenabrechnungen die auf den einzelnen Mieter entfallenden Lohnkosten der in § 35a Abs.2 Satz 1 u. 2 EStG aufgeführten haushaltsnahen Dienstleistungen (Satz 1) und Handwerkerleistungen (Satz 2) gesondert aus. Diese Serviceleistung erbringen wir Ihnen ohne zusätzlichen Kostenbeitrag.

Wir sind allerdings nicht befugt, zu steuerlichen Fragen Stellung zu nehmen. Bitte wenden Sie sich hierzu an einen Steuerberater oder Lohnsteuerhilfeverein. Eine Haftung für die erteilten Auskünfte können wir nicht übernehmen.

## Land veräußert Erbbaugrundstücke Hauseigentümer verunsichert

Wie im Mannheimer Morgen zu lesen war, will das Land Baden-Württemberg die in den 50er Jahren ausgegebenen Erbbaugrundstücke veräußern. Den Erbbauberechtigten wurden entsprechende Kaufangebote unterbreitet. Vielfach haben diese jedoch nicht die finanzielle Möglichkeit und befürchten nun Probleme mit dem neuen Grundstückseigentümer nach einem entsprechenden Verkauf zu erhalten.

Möglicherweise haben sich auch einige Mitglieder unserer Genossenschaft gefragt, ob derartiges auch bei uns geschehen kann. Tatsächlich hat die Genossenschaft früher in größerem Umfang auf Erbbaugrundstücken gebaut. Speziell unsere Gründungssiedlungen in Gartenstadt, Almenhof und Friedrichsfeld sind damals auf Erbpachtgrundstücken der Stadt Mannheim errichtet worden. In weiser Voraussicht derartiger Vorkommnisse, wie oben geschildert, hat sich der Vorstand Anfang der 80er Jahre um den Kauf der Erbbaugrundstücke bemüht und diese nach längeren Verhandlungen mit der Stadt erworben. Ein Verkauf an Dritte ist bei uns somit ausgeschlossen. Auch Kostensteigerungen und entsprechende Erhöhungen der Nutzungsgebühren aufgrund von steigenden Erbpachtzinsen sind damit ausgeschlossen worden.

Lediglich ein Grundstück in Ilvesheim, Dresdener Straße 2-8, das Anfang der 60er Jahre von der Gemeinde Ilvesheim in Erbpacht übernommen und bebaut wurde, ist nach wie vor nicht in Genossenschaftseigentum. Die Preisforderungen der Gemeinde Ilvesheim waren immer so hoch, dass ein Kauf des Grundstücks nicht erwogen werden konnte. Es wäre damit eine erhebliche Steigerung der Nutzungsgebühr verbunden gewesen. Aber auch in diesem Fall gehen wir davon aus, dass sich künftig für unsere dort wohnenden Mitglieder keine Nachteile ergeben.

**Sonderaktion im Oktober**

**5.000,- Euro** neues Geld

**Laufzeit: 5 Monate | Zinssatz: 4,25%**

**Nutzen Sie Ihre Chance. Eröffnen Sie ein Sparkonto.**

Nähere Auskünfte erteilen Ihnen gerne die Mitarbeiter der Spareinrichtung persönlich oder unter Telefon 18005-23/-24/-25.

**Informieren Sie sich!**

## Sicher zu Hause

Die eigenen vier Wände sollen Geborgenheit und Sicherheit vermitteln. Doch der Schein trügt. Denn Erwachsene und besonders Kinder tappen oft genug in die heimische Sicherheitsfalle. Stürze, Stromunfälle, Verbrennungen und Vergiftungen rangieren ganz oben auf der Liste. Dabei können viele Unfälle vermieden werden.

33 Prozent aller tödlichen Unfälle passieren im eigenen Haushalt. Die Gefahren lauern überall - in Küche, Bad, Keller, Garage und Garten. Ein „Dauerbrenner“ ist Strom. Defekte Geräte können Kurzschlüsse und Brände verursachen, Stromschläge bei unsachgemäßem Umgang mit Elektrizität können sogar tödlich sein. Empfehlenswert ist ein FI-Schutzschalter, der bei Fehlermeldungen den kompletten Stromkreis sofort abschaltet. Steckdosen sollten zusätzlich mit Steckdosensicherungen versehen werden - besonders wenn kleine Kinder im Haus sind.

Vorsicht - Stromkabel können zu bösen Stolperfallen werden. Stürze dieser und ähnlicher Art gehören zu den häufigsten Verletzungsarten im Haushalt. Türschwellen, glatte Treppen, hochstehende Ecken von Teppichen oder lose Läufer können Senioren, Erwachsene und Kinder schnell zu Fall bringen. Rutschsicherungen und die Beseitigung zusätzlicher Hindernisse wie Blumentöpfe verringern die Unfallgefahr.

### Kinder besonders gefährdet

Besonders gefährdet in jeder Hinsicht sind Kinder in ihrer oft unbedarften Art. Jährlich kommen mehr als 22 Prozent der insgesamt 1,7 Millionen jungen Unfallopfer in heimischer Umgebung zu Schaden. Denn Kinder können das Ausmaß der Gefahr oft nur sehr schlecht abschätzen. Die offene Flasche Nagellackentferner am Waschbeckenrand, die kochend heiße Suppe auf dem Herd, der Stuhl unter dem Fenster im Kinderzimmer, Chemikalien in der Garage oder der Teich im Garten - die Liste potentiell gefährlicher Dinge und Situationen ist schier endlos.

Panik ist aber nicht angebracht. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass 60 Prozent der Kinderunfälle vermeidbar sind. Man muss nur einige wichtige Grundregeln beachten.

Es gilt den Haushalt regelmäßig einem gedanklichen Sicherheitscheck zu unterziehen. Sind alle Putzmittel wieder an ihrem Platz, ist die Rumpelkammer abgesperrt, ist der Föhn im Bad ausgesteckt und sind alle Steckdosen gesichert? Nur wer Gefahrenquellen erkennt, kann den Unfall verhindern. Ein sicheres Haus muss deshalb gut zu überblicken sein - also hell und aufgeräumt. Für Eltern bedeutet das auch, immer ein Auge auf ihre Kleinen zu haben.

### Auch im Grünen auf Sicherheit achten

Die gleichen Regeln gelten auch für Freizeit, Natur und Garten. Neben Giftpflanzen und Gewässern ist im Sommer der Grill eine der Hauptgefahrenquellen im Freien. Nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder sind bei der Aussicht auf frisch gegrillte Würstchen meist Feuer und Flamme. Doch bei aller Begeisterung ist Vorsicht geboten. Sicheres Grillen beginnt beim Grillgerät. Es sollte DIN geprüft sein und kippstabil in großem Abstand zu Kindern aufgestellt werden. Ganz wichtig: Verwenden Sie niemals Brennspritus! Stichflammen können zu schweren Brandverletzungen führen, wenn sich das hochexplosive Gas-Luft-Gemisch über der Glut entzündet. Im Fachhandel gibt es gute und auf Sicherheit geprüfte Anzünder. Benutzen Sie zum Durchglühen der Kohle keinen Föhn und pusten Sie nicht. Auch Funkenflug kann gefährlich werden. Bis eine gute und giftfreie Glut entsteht, dauert es etwa 30 Minuten. Wenn das Grillgut zu früh aufgelegt wird, entsteht krebserregender Rauch. Vor Verbrennungen schützen zudem eine Grillschürze und Handschuhe. Kinder haben in der Nähe des Grills nichts zu suchen. Wilde Ballspiele sollten während der Grillzeit tabu sein. Wichtig ist es auch, die Glut nach dem Grillen zu löschen und auf keinen Fall in ein Beet oder gar in die Mülltonne zu kippen. Denn glühende Kohle kann schnell zum Brand oder Verbrennungen führen.

Wer diese Vorsichtsmaßnahmen beachtet, kann laue Sommerabende, frisch gegrillte Würstchen mit Kartoffelsalat und den Anblick glücklicher Kindergesichter sorgenfrei genießen.

Hier finden Sie weitere Informationen zum Thema:  
[www.kindersicherheit.de](http://www.kindersicherheit.de)  
[www.das-sichere-haus.de](http://www.das-sichere-haus.de)

Fortsetzung von Seite 2: "Betriebskosten"

### Gewaltige Unterschiede in Ballungszentren!

In Ballungszentren gibt es gewaltige Unterschiede: Dort liegt das Mietniveau zwischen 3 und 20 Prozent über den Durchschnittsmieten, heißt es in dem Bericht. Bundesweit müssen Mieter rund ein Viertel ihres monatlichen Einkommens für die Miete ausgeben. Am teuersten sind Single-Wohnungen, am günstigsten Zwei-Personen-Haushalte.

### Finanzinvestoren wollen keine Problemfälle!

Der milliardenschwere Verkauf kommunaler Wohnungen an private Finanzinvestoren hat nach Einschätzung der Bundesregierung bislang überwiegend keine negativen Folgen auf Mieter und Wohnungsbestand gehabt. Jedoch hätten sich Befürchtungen bestätigt, dass die neuen Eigentümer bei der Stadtentwicklung und der Unterbringung von sozialen Problemfällen wenig kooperationsbereit seien. Die Stadt Dresden hatte im Vorjahr rund 48.000 Wohnungen an Fortress verkauft. Der US-Finanzinvestor gab dafür rund 1,7 Milliarden Euro aus. In Freiburg hatten die Einwohner dagegen per Bürgerentscheid den Verkauf öffentlicher Wohnungen gestoppt.

### Weniger Ausgaben für Wohngeld vom Staat!

Die staatlichen Ausgaben für Wohngeld verringerten sich von 5,2 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf rund 1,1 Milliarden Euro (2006). Die Zahl der unterstützten Haushalte reduzierte sich von 3,5 Millionen auf nur noch 680.000. Das starke Minus geht auf die Einführung der Arbeitsmarktreform Hartz IV zum 1. Januar 2005 zurück. Hartz-IV-Empfänger erhalten die Kosten für Wohnung und Heizung zusätzlich zum Arbeitslosengeld II und fallen nicht mehr unter die Wohngeldregelung.

### Bedürftige geben 40 Prozent ihres Einkommens für Miete aus!

Unterdessen hat der Mieterbund von der Bundesregierung eine deutliche Erhöhung des Wohngeldes für Mieter mit geringem Einkommen gefordert. "Das Wohngeld hat seine Entlastungsfunktion für bedürftige Haushalte weitgehend verloren", sagte der Präsident des Deutschen Mieterbundes (DMB), Franz-Georg Rips. Der staatliche Zuschuss zum Wohnen müsse um mindestens 15 Prozent erhöht werden. Dies würde den Bund etwa 140 bis 150 Millionen Euro kosten. Die etwa 800.000 Haushalte, die zurzeit Wohngeld bekommen, müssten 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben und damit deutlich mehr als der Durchschnitt (25,5 Prozent).

## Württemberg & Leßmann

### Anwaltskanzlei



#### Rechtsanwalt Claus Würtemberger

Sprachen: Deutsch, Englisch

- ◆ Miet- und Immobilienrecht
- ◆ Arbeitsrecht
- ◆ Straßenverkehrsrecht
- ◆ Versicherungsrecht

#### Rechtsanwalt Hendrik Leßmann

Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch

- ◆ Wohnungseigentumsrecht
- ◆ Arzthaftungsrecht
- ◆ Familienrecht und Erbrecht
- ◆ Vorsorgevollmacht

#### Rechtsanwältin Katharina Oechsler-Mandalka

Sprachen: Deutsch, Polnisch, Englisch

- ◆ Familienrecht und Erbrecht
- ◆ Miet- und Immobilienrecht
- ◆ Allgemeines Zivilrecht
- ◆ Strafrecht

#### Württemberg & Leßmann Anwaltskanzlei

Pirnaer Straße 20 · 68309 Mannheim · Tel. 06 21 / 71 12 51 und 70 81 74 · Fax 06 21 / 71 25 93  
 anwaelte@wuertemberger.de · www.wuertemberger.de

## Machen Sie sich die Abgeltungssteuer jetzt schon zu Nutze!

Mit unserer abgezinsten Namensschuldverschreibung versteuern Sie die Zinsen erst ab 2009.

Nähere Auskünfte – auch ob sich diese Anlageform für Sie lohnt – erteilen Ihnen gerne die Mitarbeiter der Spareinrichtung persönlich oder unter Telefon 18005-23/-24/-25.

Informieren Sie sich!

### Zinszahlung 2009

Laufzeit mindestens 24 Monate  
 Zinssatz bei 24 Monaten 3,95 %  
 bei 36 Monaten 4,10 %  
 bei 48 Monaten 4,20 %  
 bei 60 Monaten 4,40 %



**BRIEF · LESERBRIEF · LESERBRIEF · LESERBRIEF · LESERBRIEF**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
 der Spätsommer hat mich zu einer besinnlichen Betrachtung meines Gartens mit einem selbstverfassten Gedicht veranlasst, Ich übersende es Ihnen anbei. Vielleicht möchten Sie es in der "Zeitung für Mitglieder" veröffentlichen.

Als ich Rentnerin wurde, bin ich mit meinem Mann wieder in die Gartenstadt zurückgekehrt. Wir haben eine kleine Genossenschaftswohnung übernommen und sie mit viel Freude mit unserem gesparten Geld neu hergerichtet. Den Garten habe ich nach meinem Geschmack angelegt. Vom Vorgänger - er war ein alter Bekannter - standen noch sechs alte Obstbäume, die ich gerne übernahm und um welche ich meine Rondelle und Blumenrabatte anlegte. Dreißig Jahre ist das jetzt her. Inzwischen sind fünf Bäume von der Wurzel her abgestorben. Sie waren über 80 Jahre alt aber der Kirschbaum, eine Frühkirsche, die steht immer noch hinter meiner Hütte. Ich pflege sie wie meinen Augapfel und freue mich jedes Frühjahr, wenn sie wieder voll in Blüte steht. Und nun möchte ich euch mit einem Gedicht erzählen, wie schön mein Garten im Herbst ist. Ich kann die Arbeit schon lange darin nicht mehr alleine tun. Meine Nachbarn helfen mir dabei; aber meine Blumen besuche ich noch und Unkraut nehme ich immer gleich mit, wenn ich es gewahr werde. Dann braucht man nicht stundenlang zu jäten. Das habe ich noch nie gemocht.

*Hymne an meinen Garten im Herbst*



Tagetes - noch in goldner Fülle,  
 die Fuchsien schaukeln sacht im Wind.  
 Der Himmel eine seidenblaue Hülle,  
 die Spinne ihre Fäden spinnt.  
 Rosenblätter fallen nieder,  
 Knospen springen immer wieder.  
 Unendlich bunt die Farben stehn -  
 es tut fast weh sie anzusehn.  
 Der Herbst will spenden, spenden!  
 Der Sonnenblume groß' Gesicht,  
 den Vögeln guten Schmaus verspricht.  
 Es riecht nach reifen Äpfeln.  
 Bienenschwärme summen,  
 als wären sie in Eile.  
 Dahlien groß wie Untertassen,  
 Wolkenschiffe wie Barkassen,  
 sie ziehn mit goldnen Rändern.  
 Man soll sich ja nicht täuschen lassen,  
 der November wird bald alles,  
 alles ändern.

Johanna Massoth  
 Moosgasse 10, 68305 Mannheim

**Elektroinstallationen, Haustechnik, Speicherheizungen**



**Haut Elektrotechnik GmbH**  
 Geschäftsführer: Andreas Haut  
 Zielstraße 16, 68169 Mannheim  
 Telefon: 0621 - 74 17 32  
 Fax: 0621 - 309 89 63  
 E-Mail: HautElektrotechnikGmbH@t-online.de



Ulrich Klinger Raumausstattermeister  
 Friedrich-Ebert-Straße 31 68167 Mannheim

seit 2002  
 Nachfolger  
 FA. KESSLER

*Zeit für Veränderungen  
 Zeit für Veränderungen*

**Kompetenz in einer Hand**

Maler- und Tapezierarbeiten  
 Bodenbeläge auch Laminat und Fertigparkett  
 Fassadengestaltung & Vollwärmeschutz

Bei Interesse freuen wir uns auf Ihren Anruf

Tel. 0621-1 78 29 77 Fax 0621- 178 29 88

**Termine für Zähleraustausch (Heizkostenverteiler und Wasserzähler)**

November 2007

Datum	Objekt	von	bis
05.11.	Schweriner Weg 1, 3	15:30	16:35
05.11.	Schweriner Weg 5, 7	16:35	17:40
05.11.	Schweriner Weg 9, 11	17:40	18:45
05.11.	Schweriner Weg 13	18:45	19:15
06.11.	Wismarer Weg 2, 4	15:30	16:35
06.11.	Wismarer Weg 6, 8, 10	16:35	18:15
06.11.	Zwickauer Weg 2, 4	18:15	19:30
07.11.	Zwickauer Weg 6, 8	15:30	16:40
07.11.	Zwickauer Weg 10, 12	16:40	17:50
07.11.	Zwickauer Weg 14, 16	17:50	19:00
08.11.	Zwickauer Weg 18	15:30	16:05
08.11.	Zwickauer Weg 1, 3	16:05	17:15
08.11.	Zwickauer Weg 5, 7	17:15	18:25
08.11.	Zwickauer Weg 9, 11	18:25	19:35
09.11.	Plauener Weg 4, 6	15:15	16:20
09.11.	Plauener Weg 8, 10	16:20	17:30
09.11.	Plauener Weg 12, 14	17:30	18:55
09.11.	Plauener Weg 16	18:55	19:30
10.11.	Brandenburger Straße 42	08:45	13:00
12.11.	Plauener Weg 18	15:30	16:05
12.11.	Plauener Weg 1, 3, 5	16:05	17:50
12.11.	Plauener Weg 7, 9, 11	17:50	19:35
13.11.	Torgauer Weg 4, 6	15:30	16:55
13.11.	Torgauer Weg 8, 10	16:55	18:05
13.11.	Torgauer Weg 12, 14	18:05	19:30
14.11.	Torgauer Weg 16, 18	15:30	16:40
14.11.	Torgauer Weg 1, 3	16:40	17:50
14.11.	Torgauer Weg 5, 7	17:50	19:00
15.11.	Torgauer Weg 9, 11	15:30	16:40
15.11.	Sachsenstraße 4, 6	16:45	17:55
15.11.	Sachsenstraße 8, 10	17:55	19:10
16.11.	Sachsenstraße 12, 14, 16	15:30	17:25
16.11.	Sachsenstraße 18, 20	17:25	18:45
16.11.	Torgauer Weg 20-46 EFH	18:55	19:10

Die genaueren Termine entnehmen Sie bitte den jeweiligen Hausaushängen.

In Häusern mit Fahrstuhl beginnt die Ablesung im oberen Stockwerk.

*Friseur-Heimservice*

Friseurmeisterin kommt zu Ihnen nach Hause.

Individuelle Terminvereinbarung unter

**0621/71 13 84**

**Kompetenz durch Erfahrung seit über 20 Jahren**



Badmodernisierung  
 Installation  
 Sanitär-Anlagen  
 Gasheizungen

**T. u. H. Kress** ☎ 815245

68199 Mannheim, Im Lohr 48



**HAUT**  
 G m b H  
 Installationen

Planungen · Gasheizungen  
 Sanitäre Anlagen · Spenglerei  
 Bädergestaltung · Wartungen  
 Kundendienst · Notdienst

Wotanstraße 54 · 68305 Mannheim / Gartenstadt  
 Telefon 0621/75 17 61 · Telefax 0621/7 62 44 94  
 Notdienst 0172/9 40 54 34



**H. Schäler**  
 Baugeschäft

Inh. Michael Schäler  
 Handy 0172 / 624 56 14

Lampertheimer Str. 175  
 68305 Mannheim  
 Tel.+Fax 0621 / 75 36 56

**VITALIS GmbH**  
 Ambulanter Pflegedienst

Ihr kompetenter Partner rund um die  
 Alten- und Krankenpflege

- ◆ alle Leistungen der Pflegeversicherungen und der Krankenkassen
- ◆ individuelle Pflege nach Ihren eigenen Wünschen und Möglichkeiten
- ◆ Hauswirtschaftliche Versorgung
- ◆ Wir unterstützen Sie bei Anträgen von Krankenkassen, Pflegekassen und Sozialhilfeträgern sowie bei der Beschaffung von Pflegehilfsmitteln

☎ 06 21 / 128 52 50

Seckenheimer Straße 36 • 68165 Mannheim



**Markus Hör**

- Antennenbau
- Sprechanlagen
- Elektro-Installation

Augartenstraße 7  
 68165 Mannheim  
 Tel.: 0621 / 44 00 5-22  
 Fax: 0621 / 44 00 5-20

